

Ulrike und Werner Schramm
Beethovenstraße 8
91315 Höchstadt/Aisch

Europa, erwache?

**Eine offene Antwort zum „Weckruf für Europa“ des Bernd Posselt (MdEP, CSU)¹
und wen immer es betrifft**

**Die politisch und massenmedial orchestrierte Stimmungsmache gegen Rußland ist
brandgefährlich. Weder EU noch bundesdeutsche Politiker sprechen in unserem Namen.**

**Wir fordern mit Willy Wimmer,
ehemaliger Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung:
„Frau Merkel, sagen Sie nein zu einem Krieg gegen Russland!“**

**Helmut Schmidt wirft EU-Beamten Größenwahnsinn vor und
warnt vor einem Dritten Weltkrieg**

**Skandalös: Anheizung einer Progromstimmung gegen russische Mitmenschen
auch durch Brandreden deutscher Politiker?**

Beängstigende Parallelen zu längst vergessen geglaubten Zeiten:

„Nach dem ersten ESC-Halbfinale pfeift das Publikum die russischen Sängerinnen aus.“²

**„Lehrerin bekommt Job nicht, weil sie Russin ist - Eine Lehrerin hat sich bei einem Lausanner
Nachhilfe-Institut beworben und wurde abgelehnt. Grund: Sie ist Russin.“³ Der Institutsdirektor:
„Es liegt in der Natur der Sache, dass bei Sanktionen auch Unschuldige betroffen sind.“**

Erschreckend ist das geradezu zwanghafte Feindbild Putin, die Geringschätzung russischer Sicherheitsinteressen und die unübersehbare Sympathie für die westliche Expansionspolitik einer absprachewidrigen militärischen Bedrängung Rußlands. Ausgeblendet wird dabei auch, daß der Westen unter diversen Vorwänden (Sicherheitsinteressen, „Menschenrechte“ etc.) rechtfertigend ganze Länder (Vietnam, Serbien/Kosovo, Afghanistan, Irak, Libyen) mit Verwüstungen und Verseuchungen überzogen hat. Mit dem durch den Kosovokrieg begangenen Tabubruch eines brutalen Angriffskrieges ist die Geisel des Krieges nach Europa zurückgekehrt, Krieg geht wieder auch von deutschem Boden aus! Und jetzt wird politisch verlogen wie seinerzeit gegen Serbien wieder gezündelt - diesmal gegen Rußland! Wir hoffen nicht, daß das Europäische Parlament zum Teil einer transatlantischen Gesinnungsgemeinschaft verkommt, deren erklärtes Ziel es ist, einseitig die Interessen der USA und des Westens zu befördern. Diese ganze von uns als offensichtliche Verengung der Wahrnehmung bewertete Sicht westlicher Politiker auf die tatsächlichen Vorgänge in der Ukraine bedarf einiger Korrekturen und soll nicht unwidersprochen bleiben.

Wenn beispielsweise Willy Wimmer, ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in einem *Offenen Brief an die Staats- und Regierungschefs der EU zur Sitzung vom 6. März 2014* deutlich macht „[...] Für die Bundesregierung in Berlin ist es nicht akzeptabel, dass vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein Verbot der NPD durchgesetzt werden soll, während man gleichzeitig in Kiew mit denen unter einer Decke steckt, die engste Kontakte zur NPD pflegen.“ so wirft das Fragen auf. Oder sollten das allen Ernstes die neuen „Freunde“ der Politik sein?

¹ Ukraine: Weckruf für Europa, Europa aktuell, CSU Europagruppe, Ihre Stimme in Europa, Bernd Posselt, München, Ausgabe Nummer 39 - April 2014, <http://www.csu-europagruppe.de/seiten/berndposselt392014.htm>

² <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/eurovision-song-contest-die-weltpolitik-praegt-esc-russland-wird-ausgebuht/9858590.html>

³ <http://www.20min.ch/schweiz/romandie/story/Lehrerin-bekommt-Job-nicht--weil-sie-Russin-ist-31509800>

Die Regierung Jazenjuk ist nicht legitim

Wir als freie Bürger dieses Landes möchten nicht länger durch demagogische Phrasen (z.B. „daß Putin der aggressivste Kreml-Herrscher seit Josef Stalin sei“), wie die des Herrn Posselt oder anderer belästigt bzw. bevormundet werden.

Des Weiteren verwehren wir uns dagegen, wenn unsere anderslautenden Einschätzungen der russischen Politik mit quasi totalitär zu nennender Verfolgungswut von Politikern diffamiert werden: Im Aprilplenium „warnte Posselt vor der Kreml-Propaganda, die von Extremisten sowohl auf der Linken wie auf der Rechten weiterverbreitet werde“. Allerdings handelt es sich in Kiew weder um ein gewähltes, legitimes Parlament, geschweige denn um eine entsprechende „Regierung“, noch war es das „ukrainische Volk“, das „auf die Straße gegangen“ sei. Tatsächlich



wurde „am 22. Februar, einen Tag nach dem Abkommen zwischen Janukowitsch und der parlamentarischen Opposition, [...] in Kiew ein Putsch durchgeführt. Der *Rechte Sektor* besetzte das Parlament und übernahm die Kontrolle in Kiew.

(Wurde etwa nicht im Kiewer Rathaus ein Bildnis des Faschisten und Hitler-Kollaborateurs Stepan Bandera aufgehängt? – s. Bild links

(<https://dl.dropboxusercontent.com/u/34527719/Bandera%20Kiew%20Rathaus2%20-%20Copy.jpg>)

Einige Abgeordnete wurden verprügelt, einige nicht hineingelassen. Bei der Abstimmung wurde Präsident Janukowitsch abgesetzt, obwohl dafür nach der Verfassung eine Drei-Viertel-Mehrheit erforderlich wäre. Der Abgeordnete Turtschinow wurde zum neuen Staatspräsidenten gewählt, indem die anwesenden Abgeordneten teilweise gleich zweimal abstimmten und indem Abgeordnete der *Partei der Regionen*, die von den Oligarchen bezahlt wurden, die Seiten wechselten und für die neue Macht stimmten.

Das Parlament wählte den amtierenden Vorsitzenden der ‚Vaterlandspartei‘, Arseni Jazenjuk, zum Ministerpräsidenten, der der Wunsch kandidat des amerikanischen Aussenministeriums war. Auf der – heute gelöscht – Internetseite seiner Stiftung ‚Open Ukraine‘ wurden folgende Partner aufgezählt: Scientology Church, The German Marshall Fund, Chatham House – Royal Institute of Foreign Affairs, Rockefeller Stiftung, Konrad Adenauer Stiftung, Stiftung *Wiedergeburt* – Renaissance Foundation, National Endowment for Democracy.“⁴

Teil der neuen Putsch-Regierung in Kiew ist die Partei Swoboda. Deren Vorsitzender **Oleh Tjahnybog** (rechts im Bild) sagte 2004: **„Schnappt Euch die Gewehre, bekämpft die Russen-Säue, die Deutschen, die Juden-Schweine und andere Unarten!“** „Das ist die Sprache des Faschismus, und diese Partei ist Koalitionspartner der Putschregierung in Kiew, die die NATO anerkannt hat – eine Schande! Oder nehmen wir **Julia Timoschenko**, die Präsidentschaftskandidatin. Sie sagte in einem Telefongespräch am 18. März: ‚ich selber bin bereit ein Maschinengewehr in die Hand zu nehmen und diesem Drecksack [Putin] in den Kopf zu schießen.(...) **Wir sollten Waffen nehmen und die verdammten [Russen] töten, zusammen mit ihren Anführern.(...) ich werde alle meine Verbindungen nutzen, um Russland in verbrannte Erde zu verwandeln.**‘ Das ist die Sprache des Faschismus! Mit solchen Brandreden wird die ‚Endlösung der Russenfrage‘ in der Ukraine vorbereitet!“⁵



Der Staatsstreich in Kiew war geplant

⁴ Peter Bachmaier, Die „Strategie der Spannung“ Der Staatsstreich in Kiew und der Widerstand in der Ostukraine, Zeit-Fragen , Nr. 10, 6.5.2014, <http://zeit-fragen.ch/index.php?id=1790>; vgl.auch Prof. Dr. Peter Bachmaier, „Osteuropa-Experte, „Treibende Kraft beim Umsturz in Kiew waren die USA“, <http://www.vorarlbergernachrichten.at/lokal/vorarlberg/2014/04/09/treibende-kraft-beim-umsturz-in-kiew-waren-die-usa.vn>;

⁵ Aus der Rede von Jürgen Elsässer, COMPACT-Chefredakteur, Montagsdemonstration am 21. April 2014 in Berlin, Potsdamer Platz, <https://juergenelsaesser.wordpress.com/2014/04/22/elsaesser-auf-der-montagsdemo-nicht-links-gegen-rechts-sondern-unten-gegen-oben/>

„Dazu wurden von der amerikanischen Botschaft in Kiew bereits Monate vorher durch Ausbildung von Aktivisten sowie eine Konferenz über Informationsstrategien und Beeinflussung von Politikern Vorbereitungen getroffen. Eine Reihe von amerikanischen und proamerikanischen Politikern kam in die Ukraine, die auf dem Maidan Reden hielten wie John McCain, Joseph Murphy, Victoria Nuland, aber auch Jaroslaw Kaczynski, Michail Saakashvili, Guido Westerwelle, Elmar Brok und viele andere. Auch Polen leistete einen wesentlichen Beitrag zum Regimewechsel, wie die linke polnische Wochenzeitung Nie am 18. April 2014 berichtete. **Auf Kosten des polnischen Aussenministeriums wurden 86 Mitglieder des Rechten Sektors in einem Ausbildungszentrum der Polizei in der Nähe von Warschau im September 2013 vier Wochen lang für den Aufstand trainiert.**“⁶ Wie sehr die USA im Hintergrund Regie führten wird auch aus einem abgehörten Telefonat zwischen der US-Europabeauftragten Victoria Nuland mit dem US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt deutlich.⁷

„Eine der ersten Amtshandlungen der ukrainischen ‚Übergangsregierung‘ war das Verbot von Russisch als Amtssprache. Sofort begann eine Jagd der faschistischen Anhänger Banderas auf ukrainische Politiker und Persönlichkeiten, die aufgrund ihrer politischen Ausrichtung oder wegen ihrer russischen Muttersprache getötet werden sollten.“⁸

Das Massaker von Odessa am 02. Mai 2014:

Erst getötet, dann verbrannt



„... Der Westen wird anscheinend nicht auf eine gerechte Untersuchung der Tragödie in Odessa drängen. Europa und die USA schweigen. Nur Politiker aus der zweiten Reihe fordern eine Aufklärung des Geschehens. Selbst russlandfeindlichen Politikern wurde klar, dass Moskau mit der Tragödie in Odessa nichts zu tun hat. Das gab unter anderem der US-Botschafter in Kiew zu. Die verbrecherische Tat begingen Extremisten des *Rechten Sektors*. Westliche Journalisten berichten fast nichts aus Odessa.



Auf den Fotos und Videos ist deutlich zu sehen, dass die meisten im Gewerkschaftsgebäude in Odessa ums Leben gekommenen Menschen nicht verbrannten, sondern totgeschlagen wurden. Die Leichen wurden dann mit Brennflüssigkeit begossen und in Brand gesetzt. Auf einem anderem Video sieht man, wie eine schwangere Frau auf einem Tisch liegt. Sie wurde erwürgt. Überlebende berichten, dass die Rechtsextremisten Ampullen mit tödlichem Gas in das Gebäude warfen.

(Fotos links: Eine schwangere Frau, brutal ermordet. Das Mordinstrument, ein Holzschläger, liegt neben ihr am Boden.)



Auf den Videos sieht man, wie die Extremisten jubeln, während aus dem Gebäude schreckliche Todesschreie zu hören sind. Doch niemand schreitet zur Hilfe. Nach wenigen Sekunden sind die Schreie verstummt. Später ließen Extremisten neben der Leiche einer Frau ein Banner mit der Aufschrift ‚Gloria Ukraine!‘ liegen. Die Extremisten des Rechten Sektor haben eine grenzenlose Macht gespürt, wofür sie früher oder später zur Verantwortung gezogen werden. Die Behörden in Odessa sprechen von 46 Toten. Laut dem Abgeordneten des Regionalrates Wadim Sawenko will Kiew die tatsächliche Zahl der Toten vertuschen. Ihm zufolge kamen 116 Menschen ums Leben. Zuvor war berichtet worden, dass weiterhin 48 Menschen vermisst werden.“⁹

⁶ Vgl. Peter Bachmaier, Die „Strategie der Spannung“, a.a.O.

⁷ <http://www.sueddeutsche.de/politik/telefonat-von-us-diplomatin-fuck-the-eu-1.1881947>

⁸ Offener Brief an Bundespräsident Didier Burkhalter Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), 3. April 2014, Verein Impulswelle.ch, Postfach 3156, 5430 Wettingen, team@impulswelle.ch

⁹ <http://de.ria.ru/zeitsungen/20140507/268439191.html> (Hervorhebung WS)

Warum wohl haben mittlerweile Tausende ukrainische Bürger Hilfe und Unterkunft in Russland gesucht? „Seit Anfang 2014 sind laut der russischen Grenzschutzbehörde rund 675 000 ukrainische Bürger nach Russland gekommen. Nach Angaben des russischen Zivilschutzministeriums haben etwa 143 000 ukrainische Bürger um Asyl in Russland ersucht.

Vor allem die an die Ukraine angrenzenden Territorien Russlands, so die Gebiete Belgorod, Rostow und Brjansk sowie die Region Krasnodar, sind durch die wachsende Immigration stark belastet. Im Februar hat die Zahl der Migranten aus der Ukraine in den Gebieten Rostow und Kursk um 53 Prozent bzw. 71 Prozent zugenommen.“¹⁰

Es ist auch nachvollziehbar, daß bereits vor längerer Zeit „der Rabbiner einer jüdischen Gemeinde in Kiew fürchtet[e], dass die rechtsgerichtete Opposition nach dem Umsturz in der Ukraine Jagd auf die Juden machen könnte. Es habe bereits zahlreiche Drohungen gegeben. Rabbiner Moshe Reuven Azman hat die Mitglieder der jüdischen Gemeinde von Kiew aufgefordert, die Stadt zu verlassen.“¹¹

Es ist bedauerlich, daß sich deutsche Politik untätig zum Propagandasprachrohr für Amerikas Dominanzbestrebungen herabwürdigt. Die Krim wurde nicht „annektiert“. Wladimir Putin befolgt nichts anderes als die schriftliche Denkschrift der USA vom 17. April 2009, die dem Internationalen Gerichtshof im Zusammenhang mit der Anhörung zum Kosovo vorgelegt wurde:

„Unabhängigkeitserklärungen können, wie das auch häufig passiert, das innere Recht verletzen. Aber das bedeutet nicht, dass dadurch das Völkerrecht verletzt wird“ Im Zusammenhang mit dem Präzedenzfall Kosovo erklärte der Internationale Gerichtshof der UN auf Grundlage von Paragraph 1 Punkt 2 der UN-Charta sein Einverständnis mit der Trennung (22. Juli 2010): „Es besteht kein allgemeines Verbot einseitiger Unabhängigkeitserklärungen, das aus der Praxis des Sicherheitsrates resultieren würde“ – und weiter: „Das allgemeine Völkerrecht beinhaltet keinerlei anwendbares Verbot von Unabhängigkeitserklärungen“. Wenn Herr Posselt also von einer „völkerrechtswidrigen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim“ spricht, so erscheint dies als ein Propagandatrick, um Feindseligkeiten gegen Rußland zu schüren.

Richtig hingegen ist:

„Staaten sind berechtigt, ihre Staatsangehörigen zu schützen

Nach überwiegender Auffassung der Völkerrechtler sind Staaten berechtigt, ihre Staatsangehörigen notfalls gewaltsam mit einer begrenzten Intervention vor Bedrohungen an Leib und Leben zu schützen. Dieses Recht wird stetig praktiziert und ist nach wie vor in den Grenzen der Verhältnismässigkeit gewohnheitsrechtlich anerkannt. Eine schutzbedürftige Bedrohung für die Russen auf der Krim und all die Bewohner der Krim, die durch das Referendum gewissermassen wieder Russen werden wollten, waren die Kräfte zweifelsfrei, welche den Umsturz in der Ukraine durchgeführt hatten, aber auch die Gewalttäter, welche auf dem Maidan gemordet hatten. Der Präsident der Russischen Föderation Vladimir Putin hat sich auf diese Schutzpflicht berufen. Sie wird auch von westlichen Staaten ständig praktiziert, oft nur vorgetäuscht.“¹²

Der Ablauf des Referendums wird so schildert: „Die Volksabstimmung in der Region Krim am 16. März 2014 verlief absolut friedlich und entspannt, wie der EU-Parlamentsabgeordnete und OSZE-Wahlbeobachter Ewald Stadler (1) aus Österreich in einem online-Interview detailliert geschildert hat. Die vielen Ordnungskräfte waren nötig, um den grossen Andrang zu den Stimmlokalen in geordnete Bahnen zu lenken, um eine geregelte Stimmabgabe überhaupt zu ermöglichen.

Von Bedrohung, Erpressung oder Wahlfälschung kann also gar keine Rede sein. Herr Stadler konnte dies bei seinem persönlichen Besuch vieler Wahllokale leicht feststellen. Er betonte zudem, dass die meisten Wahlbüros von Frauen geleitet wurden, die ihm bereitwillig und ausführlich all seine Fragen beantworteten. Die gesamte Abstimmung verlief vollkommen rechtmässig – das heisst legal.

Nicht der russische Präsident Vladimir V. Putin ist ein Kriegshetzer oder Diktator, sondern die NATO und deren Führung, gelenkt durch die Regierung der USA und deren

¹⁰ <http://de.ria.ru/society/20140302/267957734.html>

¹¹ Rabbiner fordert Juden zu Flucht aus Kiew auf, 22.02.14,

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/02/22/rabbiner-fordert-juden-zu-flucht-aus-kiew-auf/>

¹² Der Kampf um die Krim als Problem des Staats- und Völkerrechts, Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, Berlin, <http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=1773>

Hintermänner in der Bankenwelt. Einmal mehr wird zur Zeit der Versuch gestartet, ein stolzes Land mit einer reichen Kultur in einen ungewollten Krieg zu drängen, um ihm nachher die gesamte Schuld in die Schuhe zu schieben. Das hatten wir bereits in den vergangenen zwei Weltkriegen, mit allen furchtbaren Folgen für Deutschland und ganz Europa. ES REICHT.“¹³

Empörend für uns ist auch, daß wir über eine geraume Zeit mit einer Falschmeldung über eine angebliche Geiselnahme „gefüttert“ wurden:

„(...) Die in der Ost-Ukraine am 25. April festgesetzte Gruppe von Offizieren, die dort angeblich auf Basis des Wiener Dokuments der OSZE informatiossuchend tätig geworden war, wurde noch vier Tage nach dem Zwischenfall in den NDR- und ARD-Nachrichten fälschlich als ‚OSZE-Militärbeobachter‘ titulierte, obwohl die OSZE sofort klargestellt hatte, dass die Männer nicht zur OSZE-Mission gehörten. Beleg: Offizielle Erklärung Claus Neukirch, Vizechef des OSZE-Krisenpräventions-Zentrums, am 25. April, gegenüber dem ORF:

„...Wir haben für diesen speziellen Besuch keine Risikoeinschätzung gemacht, weil es nicht unser Besuch ist.“ Und weiter, im Interview: „Ich muss aber auch sagen, dass es sich genau genommen nicht um Mitarbeiter der OSZE handelt (...), sondern es sind Militärbeobachter, die bilateral dort unter einem OSZE-Dokument tätig sind. (...) Bei den Gefangenen handle es sich um eine ‚bilaterale Mission unter Führung des Zentrums für Verifikationsaufgaben der deutschen Bundeswehr‘.

Eine allereinfachste Recherche (hier: Lektüre des allgemein zugänglichen Wiener Dokuments sowie der OSZE-Charta) zu der die NDR- und die ARD-Nachrichtenredakteure lt. Staatsvertrag verpflichtet waren, hätte ergeben, dass die OSZE grundsätzlich keine verdeckten Militärinspektionen durchführt, auch nicht unter dem Wiener Dokument, das im Rahmen vertrauensbildender Maßnahmen Inspektionen in „Bezeichneten Gebieten“ an regulären Truppenstandorten, bei Manövern und bezüglich Hauptwaffensystemen vorsieht. (...)

Im hier angesprochenen Fall war bereits am 25. April bekannt (zahlreiche Quellen im Internet), dass die Gruppe in Zivil unterwegs gewesen war, sich fälschlich als OSZE-Delegation ausgegeben hatte, bewaffnet war und sogar Sprengstoff mit sich führte (Quelle lt. SZ v. 26.4.: „Regierung“ in Kiew!), Aufzeichnungen über Straßensperren u.ä. gemacht hatte, was nicht vom Wiener Dokument abgedeckt ist; sie hatte sich keineswegs an definierten Inspektionsorten offiziell angekündigt und die gesamte Reise auch nicht allen OSZE-Staaten, speziell nicht der Russischen Föderation, bekannt gegeben. Sie war vielmehr heimlich in die ostukrainische Region gereist und hatte als Zweck touristisches Sightseeing-Interesse vorgegeben.“¹⁴

Es sei Herrn Posselt und allen anderen, die weiter gegen Rußland hetzen, deutlichst gesagt:

„Die Mehrheit der Deutschen wünscht keine Konfrontation mit der russischen Föderation“

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich macht deutlich „Die Dankbarkeit vieler Ostdeutscher gegenüber Russland ist begründet durch Gorbatschows Politik der Perestroika, die die deutsche Einheit erst ermöglichte. Die Russen waren damals viel offener für die Einheit als viele westliche Staaten. Das haben die Menschen nicht vergessen.“¹⁵

In einem Offenen Brief an Präsident Putin, den rund 200 deutschen Persönlichkeiten mitunterzeichnet haben, heißt es unter anderem:

„Sehr geehrter Herr Präsident, Sie haben bereits vor knapp 4 Jahren für eine Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok geworben. Sie wäre die ökonomische Basis für das ‚Gemeinsame Haus Europa‘. Die Ukraine könnte eine ideale Brückenfunktion für die künftige Kooperation zwischen der von Ihnen angestrebten Eurasischen Union und der Europäischen Union einnehmen, nicht zuletzt in kultureller Hinsicht. Wir sind überzeugt, dass die massive Einflussnahme der USA das Ziel hatte, diese Brückenfunktion auszuschalten. In der EU-Kommission haben sich diejenigen Kräfte durchgesetzt, die die Politik der USA gegen Russland

¹³ Offener Brief an Bundespräsident Didier Burkhalter, a.a.O., s. auch das Interview mit dem EU-Parlamentsabgeordneten und OSZE-Wahlbeobachter Ewald Stadler aus Österreich

(1)<https://www.youtube.com/watch?v=Y4tkHrGP0PY>; Hervorhebung WS

¹⁴ ARD-Desinformation zur Ukraine: Beschwerde beim NDR-Rundfunkrat durch Ex-Tagesschau-Redakteur Volker Bräutigam, <http://www.barth-engelbart.de/?p=10286>

¹⁵ <http://www.welt.de/politik/deutschland/article126592916/Deutsche-Distanz-zu-den-USA-beunruhigt-die-Politik.html>

unterstützen. Die Rede des Geschäftsführenden Generalsekretärs des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Pierre Vimont, am 14. März dieses Jahres ist insofern eindeutig (EurActiv: ‚EU shunned from US-Russia meeting on Ukraine‘). (...)

Sehr geehrter Herr Präsident, mit unseren bescheidenen Mitteln als einfache Staatsbürger werden wir dazu beitragen, dass die beabsichtigte Spaltung Europas nicht gelingt, sondern die Ideen von Gottfried Wilhelm Leibniz zu neuem Leben erweckt werden. Wir sind überzeugt: Nur wenn die Staaten und Völker des eurasischen Doppelkontinents ihre Angelegenheiten miteinander friedlich, respektvoll, kooperativ, auf der Grundlage des Rechtes und ohne Einmischung von aussen regeln, wird dies auch auf die übrige Welt ausstrahlen. Wir verstehen Sie in diesem Sinn als Verbündeten.“¹⁶

Die katastrophalen Folgen des wirtschaftlichen Ausverkaufs der Ukraine

„Die ukrainische Regierung beschloss 1992 einen Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und 2004 zur Welthandelsorganisation (WTO). Die Bedingungen dafür waren die **Freigabe der Preise und des Wechselkurses, die Öffnung der Grenzen für das ausländische Kapital, Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung**. Die gesamte Wirtschaft des Landes wurde versteigert. Von etwa 500 000 Betrieben wurden 50 % geschlossen und die anderen von ausländischen Konzernen und inländischen Oligarchen erworben. ... Die Kluft zwischen der Oligarchie und der Masse der Bevölkerung ist die grösste in Europa.

Das Ergebnis der Eingliederung des Landes in den Prozess der Globalisierung ist katastrophal: Das Bruttoinlandprodukt (BIP) sank zwischen 1991 und 2013 auf 70 %, die Stromproduktion auf 65 %, die Stahlproduktion auf 43 % und die Zahl der Wissenschaftler in der Industrieforschung auf 30 %. **Der Mindestlohn beträgt nach offiziellen Angaben 200 Euro (tatsächlich weniger), die Mindestrente 160 Euro (heute 80 Euro) im Monat, und 80 % der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze.** Die Gesamtbevölkerung der Ukraine verminderte sich von 52 auf 46 Millionen, und wenn man die ständig ausserhalb des Landes lebenden Menschen abzieht auf 38 Millionen Menschen.

Anzeichen des Niedergangs sind auch die niedrige Technologie, das Zurückbleiben von allen ursprünglich weniger entwickelten Nachbarn und die Abwanderung eines Viertels der arbeitsfähigen Bevölkerung des Landes. Das neoliberale Modell, das in der Ukraine jetzt wirkt, treibt die Wirtschaft zur globalen Peripherie und bringt sie in einen vom Westen abhängigen halbkolonialen Status. ...“¹⁷

Im März 2007 weilte Julia Timoschenko in Washington, wo sie den Amerikanern anbot, ihnen die durch die Ukraine führende Erdgasleitung zu überlassen.

In Deutschland ist der Widerstand dagegen, die dem Land von den USA zugedachte führende Rolle im aggressiven Vorgehen gegen Russland zu spielen, sehr gross. Nicht nur, dass drei ehemalige Bundeskanzler – Helmut Schmidt (SPD), Helmut Kohl (CDU) und Gerhard Schröder (SPD), die insgesamt immerhin 30 Jahre die Bundesrepublik regiert haben, – grosse Bedenken gegen die „westliche“ Russlandpolitik geäussert haben. In einer Umfrage im Auftrag der ARD von Anfang April hat sich auch die Mehrheit der befragten deutschen Bürger gegen eine Ausweitung des Nato-Engagements im Osten Europas und für eine grössere Distanz zur Politik der USA ausgesprochen.¹⁸ „[...] „Europa muss sich von dieser US-Politik freimachen. Als US-Vasall in den Untergang gehen – ist das eine verlockende Perspektive? Sanktionen sind der erste Schritt in den Krieg. Schon damit wird das Völkerrecht gebrochen; denn der Weltsicherheitsrat hat sie nicht

¹⁶ Vgl. auch Offener Brief an Vladimir Putin, http://www.sputnik-travel-berlin.de/Mitteilungen/Offener_brief_2014.pdf, <http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=1776>

¹⁷ Vgl. Peter Bachmaier, Die „Strategie der Spannung“, a.a.O.

¹⁸ „Die Mehrheit der Deutschen wünscht keine Konfrontation mit der russischen Föderation“, <http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=1776>

beschlossen. **Niemand weiß, wie ein Krieg verlaufen und enden wird, wenn erst einmal die Waffen sprechen.**¹⁹

Obwohl Westeuropa die Möglichkeit zu einer partnerschaftlichen und freundschaftlichen Beziehung zu allen Ländern Osteuropas einschließlich Russland hat, bevorzugt es einen selbstmörderischen Kurs – für die USA als Speerspitze gegen Russland zu dienen.²⁰

Wer übrigens soll für das vom Westen angerichtete Chaos in der Ukraine finanziell geradestehen? Die Rede ist lt. Interview mit dem OSZE-Beobachter Stadler von einem Staatsdefizit von 67 Mrd. Euro. Wir möchten das nicht.

Im Sommer 1914 wollten die Soldaten an Weihnachten wieder zuhause sein. Am Ende dauerte der Krieg mehr als 4 Jahre – und kostete 16 Millionen Menschen das Leben. Russlands Opfer im Zweiten Weltkrieg: 27 Millionen Menschen!

In unserer Verfassung Art. 26 GG heißt richtig: „(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

Diesem Friedensgebot fühlen wir uns verpflichtet.

Höchstadt, den 17.05.2014

¹⁹ Karl Müller, Der „Westen“ und Russland Arbeiten die Nato-Staaten bereits an der Kriegsschuldfrage? <http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=1789> „(...) Nur für die USA macht ein grosser Krieg einen ‚Sinn‘ – man mag dieses Wort kaum benutzen, weil es Wahn’sinn‘ ist. Die US-Amerikaner glauben: Wir haben uns zweimal mit einem Weltkrieg wirtschaftlich ‚gesund‘ gestossen. Aber auch dieses Wort gehört in Anführungszeichen gesetzt, weil der Weg so furchtbar krank und die Frage interessant ist, wer wirklich das ‚Wir‘ ist. (...)“

²⁰ Verhängnisvolle Koppelung USA/EU beenden, Luz María De Stéfano Zuloaga de Lenkait, Juristin und Diplomatin a.D., <http://tv-orange.de/2014/05/obama-finger-weg-von-europa-verhaengnisvolle-koppelung-usa-eu-beenden/>